



ver.di Paula-Thiede-Ufer 10 • 10179 Berlin

Bundekanzlerin
Frau Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Vorsitzender

Telefon: 030-6956-0

Durchwahl: 1001

Telefax: 3000

www.verdi.de

vorsitzender@verdi.de

Datum

11. Dezember 2006

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

FB-ub

Kabinettsentscheidung Zuteilungsgesetz 2012 Auflagen der EU-Kommission

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

in den nächsten Jahren steht die Realisierung der von der deutschen Energiewirtschaft angekündigten umfangreichen Investitionsentscheidungen in den Ersatz- und Neubau eines großen Teils der deutschen Kraftwerke an.

Weil moderne Kohle- und Gasanlagen nach dem derzeitigen Stand der Technik deutlich weniger Kohlendioxid emittieren als die dadurch ersetzten Altanlagen, ist dieses Modernisierungsprogramm ein großer Beitrag zum Klimaschutz. Dem hat der Nationale Allokationsplan 2012 (NAP II) der Bundesregierung insbesondere durch die Übertragungs- und die Neuanlagenregelung Rechnung getragen, die bestimmen, dass Ersatzanlagen für 4 plus 14 Jahre und Neuanlagen für 14 Jahre mit den für den Betrieb erforderlichen Emissionszertifikaten ausgestattet werden. Sie erhalten danach, wenn erforderlich, bedarfsgerecht Rechte für Emissionen von bis zu 980 Gramm CO₂/kWh. Anlagen der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung erhalten zudem ein sogenanntes „Doppelbenchmark“. Dadurch wäre Rechtssicherheit für die Investitionen gegeben.

Die aktuellen Auflagen der EU-Kommission zum deutschen Nationalen Allokationsplan gefährden diese Investitionssicherheit. Dies gilt insbesondere für den Vorbehalt der Beihilfeprüfung der Übertragungs- und der Neuanlagenregelung, sofern sie über 2012 hinausreichen. Dadurch wird die Rechtssicherheit massiv gefährdet, Investitionsentscheidungen können nicht mehr auf sicherer Rechtsgrundlage getroffen werden. Es steht zu befürchten, dass die Unternehmen von Vorhaben des Ersatz- und Neubaus Abstand nehmen werden. Dadurch wird der langfristige Erhalt des Kraftwerksstandortes Deutschland mit seinen Arbeitsplätzen gefährdet.

Auch im Anlagenbau könnten zahlreiche Arbeitsplätze nicht generiert werden. Durch den dann erforderlichen zusätzlichen Import von Strom aus älteren Kohle- oder Kernkraftwerken im europäischen Ausland würde die globale Belastung von Klima und Umwelt steigen.

Nicht nachzuvollziehen ist auch, dass die Kommission die gesamte Zuteilungsmenge für Deutschland auf die zu geringe Menge von 453 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr festlegen will. Dies bedeutete für bestehende Kraftwerke einen Erfüllungsfaktor von 0,66, also eine nochmalige Steigerung der Reduktionsrate von 40 Prozent gegenüber dem bereits deutlich verschärften Erfüllungsfaktor von 0,71 des derzeitigen Entwurfs des Zuteilungsgesetzes (ZUG) 2012 des Bundesumweltministers. Diese Auflage ist angesichts der Tatsache, dass Deutschland einer der wenigen Mitgliedsstaaten ist, die die –zudem ambitionierten – Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls erfüllen werden, nicht zu rechtfertigen. Die deutschen Kohle- und Gaskraftwerke würden gegenüber ihren Konkurrenten in den anderen Mitgliedsstaaten massiv schlechter gestellt. Die EU-Kommission hätte vielmehr dafür Sorge zu tragen, dass die Belastungen durch den Klima- und Umweltschutz auf alle europäischen Energieversorger gleichmäßig verteilt werden.

Ausdrücklich hervorheben wollen wir, dass wir die Position der Bundesregierung unterstützen, die Industrie unverändert mit einem Erfüllungsfaktor von 0,9875 auszustatten. Daran darf sich aufgrund der Anforderungen an die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie nichts ändern. Es muss zudem dabei bleiben, dass bestehende Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen mit einem besonderen Erfüllungsfaktor von 0,9875 ausgestattet werden.

Wir fordern Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Bundesregierung die genannten Auflagen der EU-Kommission bei der Verabschiedung des ZUG 2012 nicht akzeptiert. Übertragungs- und Neuanlagenregelung müssen wie im NAP II rechtssicher für die gesamte Laufzeit gelten, und die gesamte Zuteilungsmenge darf nicht noch einmal gekürzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



ver.di
Frank Bsirske



IG BCE
Hubertus Schmoldt



IG Metall



IG Bauen, Agrar, Umwelt